

bis sich der Inhalt — Uran und Plutonium — von den Hülsten löst.

Ob das Kochrezept stimmt, weiß niemand: Bisher haben die Franzosen erfolgreich noch keinen einzigen Brennstab aus einem deutschen Reaktor wiederaufgearbeitet, sondern nur aus französischen, deren Brennstoffe bis zu zehnmal weniger Spaltprodukte und Plutonium enthalten.

Bei einem ersten Test im Jahre 1976 versuchte sich die Cogéma an 14,6 Tonnen aus einem Schweizer Kernkraftwerk, deren Abbrand aber gleichfalls nicht die deutschen Werte erreicht. Der Versuch, so Betriebsleiter Delange, „war erfolgreich“; die Anlage wurde nämlich daraufhin stillgelegt.

Jetzt ist das einzige Lagerbecken erst einmal voll. Delange zeigt auf ein Loch in normannischer Erde, wo ein zweites Wasserlager gebaut wird. Es ist frühestens 1980 fertig. Bis dahin hat ein einziger Reaktor vom Biblis-Typ 120 Tonnen Brennelemente abgebrannt, die es aufzubewahren gilt — wo auch immer.

Monsieur Delange sieht darin nur Gutes: „Wir gehen bewußt langsam vor, um die Machbarkeit zu testen.“ Dafür verhandelt derselbe Delange um so schneller mit ausländischen Kunden, die alle in La Hague ihren Nuklearmüll loswerden möchten.

Eine Leistung, die sie derzeit nicht erbringen kann und die einstweilen nirgends auf der Welt sonst käuflich ist, hat die Cogéma für -zig Millionen vornehmlich Japanern und Deutschen angeboten. 6000 Tonnen Atommüll rollen in den nächsten zehn Jahren vertragsgemäß nach La Hague.

„Hier wird“, erläutert der Energie-Sekretär der Gewerkschaft CFDT, Michel Roland, „Luft verkauft.“

SPD

Mann mit Penunse

Der Tod von Schatzmeister Dröscher hat in der SPD ein Gerangel um Präsidiumssitze ausgelöst.

Die Sozialdemokraten sind in Zeitnot geraten. Zum erstenmal wird ein Parteitagjahr zu Ende gehen, ohne daß die SPD über ein komplettes Präsidium, das oberste Führungsgremium, verfügt.

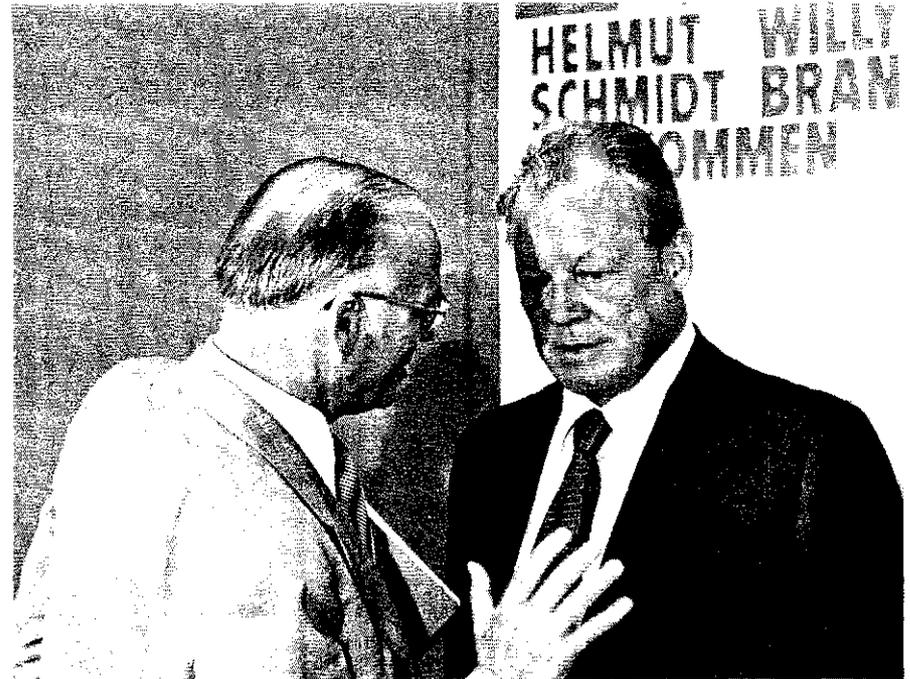
Die zweieinhalb Wochen zwischen dem Hamburger Konvent und der ersten Sitzung des Parteivorstandes am Montag letzter Woche reichten nicht aus, um das elfköpfige Management vollzählig zusammenzubekommen. Parteichef Willy Brandt mußte um Aufschub bis Ende Januar 1978 bitten.

Denn mit dem Tod von Schatzmeister Wilhelm Dröscher hat Brandt nicht nur einen engen Freund verloren. In der SPD-Spitze fehlt seither auch jene Figur, die das Gleichgewicht der politischen Lager sichergestellt hatte. Dröscher galt als ein Mann der Mitte, respektiert von Rechten wie Linken. Kein Nachfolger ist in Sicht, der ähnlich Balance halten könnte.

So half sich der Parteivorstand am Montag letzter Woche damit, nur die sogenannten „geborenen Mitglieder“ des Präsidiums mit der Geschäftsführung zu beauftragen: den Vorsitzenden Brandt, seine Stellvertreter Helmut Schmidt und Hans Koschnick, Frak-

Personalgerangel wäre vermieden worden, hätte Brandts Wunschkandidat, Präsidiumsmitglied Walter Arendt, die Schatzmeisterrolle übernommen. Der freigewordene Dröscher-Platz wäre dann an Bahr gefallen. Doch Arendt winkte ab; er will Mitte Dezember stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag werden und denkt daran, Nachfolger des NRW-Ministerpräsidenten Heinz Kühn zu werden.

Zwei weitere von Brandt angesprochene Kandidaten, der Chef der Hamburger Landeszentralbank, Hans Hermsdorff, und das Aufsichtsratsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, lehnten gleichfalls ab.



Sozialdemokraten Dröscher, Brandt (1976): Kein Ersatz für den Freund?

tionschef Herbert Wehner und Bundesgeschäftsführer Egon Bahr. Den Vorschlag der Linken, gleich alle Präsidiumsmitglieder zu bestimmen und nur einen Platz für den Schatzmeister freizuhalten, lehnte Brandt ab.

Zusätzlich kompliziert wird das Personen-Puzzle durch die bislang ungeklärte Frage, ob Holger Börner seinen Präsidiumsplatz behalten kann. Geschäftsführer Egon Bahr nämlich war bislang nicht Vollmitglied des Spitzengremiums — er hatte das Amt des Parteiprokuristen von Börner vor Jahresfrist, zwischen den Parteitagen, übernommen und konnte an Präsidiumssitzungen nur beratend teilnehmen.

Seit letzter Woche aber hat er Sitz und Stimme im obersten Leitungszirkel. Gleichwohl soll Vorgänger Börner auf Wunsch Brandts im Präsidium bleiben, um ohne Prestigeverlust 1978 als Ministerpräsident in die hessische Landtagswahl gehen zu können.

Gegenwärtig verhandelt der Parteivorsitzende mit dem Chef des mitgliedstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen und Manager der Dortmunder Westfalenhalle, Hermann Heinemann. Doch schon gibt es Widerstand: Einige Partei-Oberer zweifeln, daß der Genosse aus dem Revier die richtige Statur für die Schatzmeisterei hat. Zwar verfüge er über beste Kontakte zu den finanzstarken Gewerkschaften, doch brauche die SPD auch Geld aus der Industrie. Der Dortmunder sei aber kaum der Typ, der in den Vorstandsetagen erfolgreich um Spenden für die SPD antichambrieren könne.

Andere PV-Mitglieder fürchten, durch die Wahl des zum rechten Flügel zählenden Heinemann würden die Gewichte im Präsidium zu sehr verschoben. Dann bestehe die Gefahr, daß Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel bei der Präsidiumswahl durchfalle und damit ein führendes Mitglied des

Schmidt-Kabinetts desavouiert würde. Schon nörgeln die Linken, Vogel gehöre nicht ins Präsidium; er sei weder Landesvorsitzender noch Landtags-Spitzenkandidat.

Andererseits: Blicke Vogel, dann könnte entweder keine Frau ins Präsidium kommen — Kandidatin ist die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Elfriede Hoffmann —, oder einer der beiden NRW-Vertreter, Kühn oder Arendt, müßte weichen.

Doch Kühn soll auf Wunsch von Schmidt dabeibleiben. Der Kanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende möchte den Ministerpräsidenten des Kohlelandes bei künftigen Energiebeschlüssen der Partei gern an seiner Seite haben. Der potentielle Kühn-Erbe Arendt wiederum würde durch ein Ausscheiden aus dem Präsidium in seinen Chancen erheblich gemindert.

In seiner Not ist Brandt eine Verlegenheitslösung eingefallen. Er überlegt derzeit, das Schatzmeister-Imperium aufzuteilen. Der Bereich der SPD-Betriebe und -Liegenschaften würde danach einem Manager übertragen und die Parteikasse von einem nur ehrenamtlich tätigen Schatzmeister verwaltet, der im Präsidium kein Stimmrecht hat.

Eine solche Konstruktion käme den Wünschen Heinemanns entgegen, der nur ungern seinen sicheren Dortmunder Job aufgeben will. Ihm scheint vertretbar, drei Tage pro Woche für die Partei und drei Tage für die Westfalenhalle zu arbeiten.

Alt-Funktionär Egon Franke, Anführer der „Kanalarbeiter“-Riege in der SPD-Bundestagsfraktion, hält solche Posten-Spiele allerdings schlicht für „Quatsch“. Der Innerdeutsche Minister: „Das kann Heinemann nicht ernsthaft wollen. Schatzmeister ist ein Full-time-job. Ein Gremium, das den Mann mit der Penunse nur ehrenhalber beschäftigt, kann einpacken.“

STEINER

Infernalischer Zorn

Julius Steiners neueste Erzählungen: SPD-Minister Egon Franke habe die Sache mit Karl Wienand eingefädelt, von dem der frühere CDU-Abgeordnete 50 000 Mark Schmiergeld empfangen haben will.

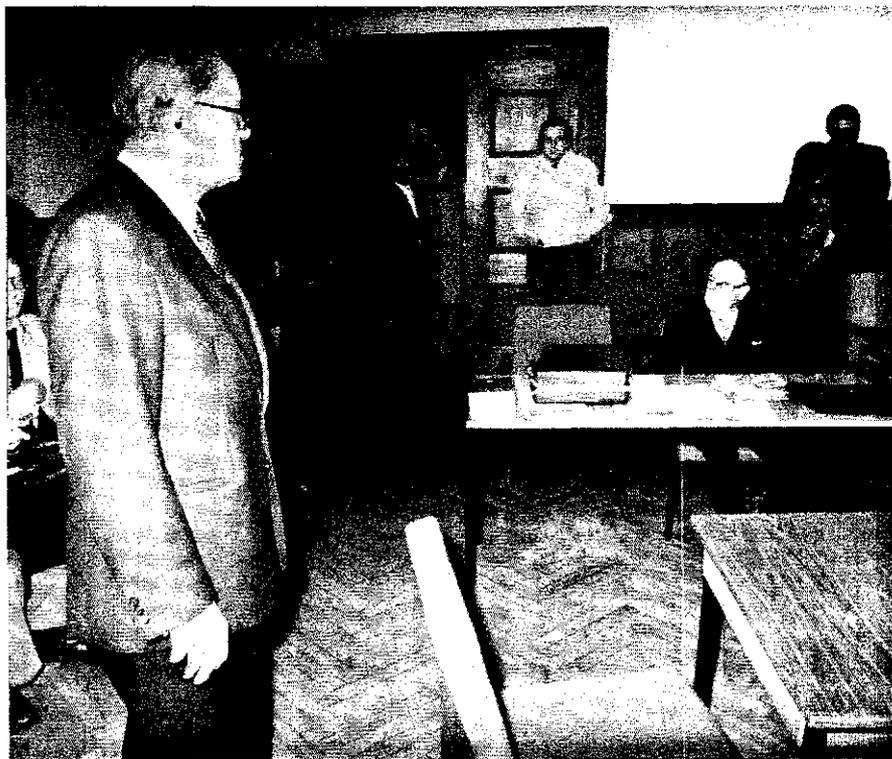
Rechtsanwalt Walter Emmerich verpflichtete seinen Mandanten zum Schweigen. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Julius Steiner, in Bonn wegen unedlicher Falschaussage vor Gericht, hat nach Überzeugung des Verteidigers schon zuviel geredet. CDU-Mitglied Emmerich zu Steiner: „Wir kochen auf Sparflamme.“

Auf Weisung seines Anwalts verweigert denn auch „Jule“ (Steiners Spitzname) die Aussage. Er verwies auf die Protokolle jenes Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, der sich 1973 ohne Erfolg um Klärung der Frage bemüht hatte, ob Steiner für seine angebliche Stimmenthaltung beim konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt vom damaligen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand 50 000 Mark bekommen habe.

Steiner will dieses Geld am Abstimmungstag zwischen 14 und 15 Uhr von Wienand in dessen Dienstzimmer bar

turbulenten Tagen im April 1972, die er weder vor dem Untersuchungsausschuß berichtet hatte noch jetzt vor Gericht sagen durfte.

Steiners neueste Erzählungen: Im Untersuchungsausschuß habe er nicht die ganze Wahrheit gesagt. Dort habe er nur erklärt, kurz vor der Abstimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum sei er von Karl Wienand angerufen worden, den er Wochen zuvor im Hause des damaligen SPD-Abgeordneten Hans-Joachim Baeuchle im württembergischen Schelklingen näher kennengelernt habe. Doch zu jenem



Zeuge Wehner, Angeklagter Steiner: Vor Gericht schweigsam

erhalten und am nächsten Tag bei der Deutschen Bank in Bonn eingezahlt haben. Daß Steiner 50 Tausendmark-scheine bei der Bank hingeblickert hat, steht fest. In den Verdacht der Falschaussage geriet er, weil die SPD, wie auch jetzt vor Gericht, zahlreiche Zeugen — von Fraktionschef Herbert Wehner bis zu Wienand und dessen Sekretärin Margarete Tetzlaff — aufbot, die Steiners Geschichte bestreiten.

Auch wenn es ihm schwerfiel — das Schweigegebot vor Gericht befolgte Steiner. Nicht befolgen aber mochte er die strenge Auflage, die ihm seine Frau im fernen Schwabenland und sein Anwalt in Bonn zusätzlich erteilt hatten: Presse meiden. Schon in der ersten Verhandlungspause durchbrach Steiner die Kontaktsperre.

In dem Bestreben, seine angeschlagene Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, präsentierte er in langen Gesprächen am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche Details aus jenen

Anruf Wienands gebe es noch eine Vorgeschichte.

Just zu dem Zeitpunkt, als die CDU/CSU ihren Antrag zum Sturz des Bundeskanzlers gerade formell eingebracht hatte, so berichtet Steiner, habe ihn ein Mitarbeiter eines heute noch amtierenden Bundesministers telefonisch dessen Wunsch nach einem vertraulichen Gespräch übermittelt. Ort und Zeit sollte Steiner bestimmen.

Am nächsten Morgen hätten sie sich dann zum Frühstück in der Kantine des Bundeshauses getroffen: der Innerdeutsche Minister Egon Franke und der CDU-Abgeordnete Steiner — mit Franke wohlbekannt durch gemeinsame Zeiten im innerdeutschen Ausschuß und über die Duzfreundschaft mit dem inzwischen verstorbenen Minister-Intimus Karl Herold.

Steiner über den Verlauf der Morgenmahlzeit: Er habe Franke klar zu verstehen gegeben, „daß ich für die Ostverträge und gegen die Kanzler-